# ZwischenRuf

DAS MAGAZIN DES LANDTAGS VON SACHSEN-ANHALT

01 2023



HEIZUNG: Energie gleich mehrfach Thema
HEIMAT: Unterwegs in Richtung Jerichow
HISTORIE: März-Gesetze 1933 und ihr Widerhall



# WIR SUCHEN: Dich!

# Was machst Du bei uns?

- Du lernst viel über Gesellschaft, Politik, Verwaltung und Demokratie.
- Du gestaltest für unseren Kanal eigene Social-Media-Posts.
- Du schreibst Texte, fotografierst und produzierst kurze Videos.
- Du zeigst Besuchergruppen den Landtag.
- Du bringst eigene kreative Ideen ein und setzt sie um.



# Was Du mitbringen sollst!

- Du interessierst Dich für Politik und suchst eine sinnvolle Aufgabe?
- Du hast Lust, andere für Demokratie zu begeistern?
- · Du bist ein "Digital Native" und kennst Dich mit Social-Media-Kanälen aus?
- Du bist neugierig, kreativ und hast keine Angst, auf andere Menschen zuzugehen?

# ✓ BEWIRB DICH JETZT!

Alle Infos findest du





WWW.LANDTAG.SACHSEN-ANHALT.DE



# DEUTSCHLANDTICKET KURZ VOR DEM START

Ab 1. Mai können Sie monatlich für 49 Euro deutschlandweit alle Busse und Bahnen im ÖPNV nutzen. Sachsen-Anhalt wird das Ticket mitfinanzieren. Noch sind aber nicht alle zufrieden, wie Anträge der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE beweisen.



# HAUSHALT 2023 IN KRAFT GETRETEN

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat den Haushalt für das bereits laufende Haushaltsjahr 2023 verabschiedet. Rund 13,8 Milliarden Euro – erneut eine Rekordsumme – werden auf die unterschiedlichen Ressorts verteilt. Neue Schulden werden nicht aufgenommen.



# ARCHITEKTUR TRIFFT LANDTAG

Der Ausschuss für Infrastruktur und Digitales hat sich im Rahmen eines Fachgesprächs mit den Themen Architektur und Baukultur beschäftigt. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Architekturpreisträgern des Landes Sachsen-Anhalt 2022.

### **AUS DEM PLENUM**

### 8 | Über Probleme in der Sozialagentur

In einer von der Fraktion DIE LINKE beantragten Aktuellen Debatte beschäftigte sich der Landtag mit der Arbeitsweise der Sozialagentur. Kritik: Hier lägen über 700 offene Schiedsverfahren im Bereich der Eingliederungshilfe vor.

### 10 | Sanierungen stehen an

Das EU-Parlament stimmte kürzlich einer Änderung der EU-Gebäuderichtlinie zu, durch die Wohngebäude bis 2030 mindestens die Energieeffizienzklasse "E" und bis 2033 die Klasse "D" erreichen müssen. Die AfD beantragte zum Thema eine Aktuelle Debatte.

### 11 | Öl- und Gasheizungen adieu?

Wie lange sollten und können wir noch mit Öl und Gas heizen? Mit dieser Frage beschäftigte sich jüngst ein Referentenentwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Dieser sorgte für Aufregung, nicht nur bei der FDP-Fraktion, die eine Aktuelle Debatte beantragte.

### REGIONALFENSTER

### 12 | Rose von Jericho und

### "Säulen der Erde" im Jerichower Land

Lediglich gut 7 000 Einwohner leben auf den 270 Quadratkilometern der Einheitsgemeinde Stadt Jerichow. Als flächenmäßig eine der größten Gemeinden in Deutschland bietet sie bei ihren Einwohnern nicht nur viel Platz, sondern auch viel Lebenswertes.

### **IM BLICKPUNKT**

# 16 | Auf direktem Weg in die Diktatur

Im März 1933 wurden zwei Gesetze in der deutschen Reichshauptstadt Berlin verabschiedet, die katastrophale Auswirkungen für das ganze Land, nein, für die ganze Welt bedeuten sollten.

### RÜCKBLICK

# 22 | Aufarbeitung des Unrechts

Birgit Neumann-Becker, Landesbeauftragte in Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, hat im März 2023 ihren Tätigkeitsbericht 2022/2023 an Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger übergeben.

### **IMPRESSUM**

### Herausgeber

Der Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt

### **Auflage und Erscheinen**

10000 Exemplare, vierteljährlich

### Redaktion/Bestelladresse

Landtag von Sachsen-Anhalt Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst und Protokoll Domplatz 6–9, 39104 Magdeburg

Fon: 0391 560-0 Fax: 0391 560-1123

www.landtag.sachsen-anhalt.de landtag@lt.sachsen-anhalt.de

### Redaktion

Dorothee Bodewein (Ltg.), Stefanie Böhme, Beate Grau, Ulrich Grimm, Dr. Stefan Müller, Gudrun Oelze, Michael Rahmfeld, Matthias Unfried

### Fotos & Grafiken

Titelseite: weyo - stock.adobe.com
Seite 2: Landtag von Sachsen-Anhalt
Seite 3: Miljan Živković - stock.adobe.com,
weyo - stock.adobe.com, Prof. Ralf

Niebergall

Seite 4: Dr. Stefan Müller (o.),

Stefanie Böhme (u.)

Seite 7: weyo - stock.adobe.com

Seite 8: Aktion Mensch

Seite 9: Miljan Živković - stock.adobe.com Seite 10: Marco2811 - stock.adobe.com Seite 11: Ingo Bartussek - stock.adobe.com

Seite 12–15: Gudrun Oelze

Seite 16–17: Landtag von Sachsen-Anhalt Seite 18–19: Verlage Herder, Wallstein, C.H.Beck,

mdv

Seite 20: Prof. Ralf Niebergall Seite 21: Stefanie Böhme Seite 22: Dr. Stefan Müller

Seite 23: KgKJH Sachsen-Anhalt e. V., LAG

BEK, Stefan Haehnel/Minderheitensekretariat, Dr. Stefan Müller

Seite 24: Genese Magdeburg

# Satz & Gestaltung

genese Werbeagentur GmbH www.genese-md.de

### Druck

Harzdruckerei GmbH www.harzdruckerei.de

# Redaktionsschluss

24. März 2023. Dieses Magazin dient der Öffentlichkeitsarbeit des Landtags von Sachsen-Anhalt. Es wird kostenfrei verteilt. Jedwede Form der Nutzung während eines Wahlkampfes (zum Beispiel Wahlwerbung) ist untersagt.

# Bilaterale Beziehungen seit fast 70 Jahren



Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger empfing die kubanische Botschafterin I. E. Juana Martínez González.

andtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger empfing am 14. März 2023 I. E. Juana Martínez González, die Botschafterin der Republik Kuba, zu deren Antrittsbesuch im Landtag von Sachsen-Anhalt. Sie ist seit April 2022 im Amt. Die Botschafterin ist Jahrgang 1968 und studierte Internationale Beziehungen. Wichtige Stationen in ihrer beruflichen Laufbahn waren bisher Gesandte in Bonn und Berlin

(2001–2005) sowie Botschafterin in Peru. Kuba ist nach wie vor eine sozialistische Republik, es gilt die Ein-Parteien-Herrschaft der Kommunistischen Partei Kubas. Seit dem Besuch des damaligen Bundesaußenministers Frank-Walter Steinmeier 2015 sowie der Öffnungspolitik der EU gegenüber Kuba haben die Beziehungen an Intensität gewonnen. Trotz Meinungsunterschieden in vielen Fragen (darunter Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte) haben beide Seiten ein Interesse an einem weiteren Ausbau der Zusammenarbeit. Dr. Stefan Müller

# Enquete-Kommission für den öffentlichen Rundfunk

D ie Enquete-Kommission "Das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Transparenz und Reformwillen stärken" hat ihre Arbeit aufgenommen. Auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und DIE LINKE hatte der Landtag Ende Januar einstimmig ihre



Die Sitzungen der Enquete-Kommission finden einmal monatlich statt und sind in der Regel öffentlich.

Einsetzung beschlossen. Die Kommission soll Vorschläge unterbreiten, wie das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gestärkt und somit die Akzeptanz der Zuschauer/innen erhalten werden kann. Dabei soll insbesondere eine nachhaltige Nutzung der finanziellen Ressourcen (Stichwort Rundfunkbeitrag) und eine bessere Einbeziehung der Kontrollgremien geprüft werden. Der Enquete-Kommission gehören 13 Mitglieder des Landtags sowie einige externe Berater an. Den Vorsitz übernimmt Abgeordneter Chris Schulenburg (CDU). Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger wünschte der Kommission viel Erfolg und gutes Gelingen bei der Erfüllung des Auftrags.

# Meine sehr verehrten Damen und Herren,

um geschichtliche Dimensionen zu charakterisieren, wird sich Begrifflichkeiten wie Meilensteine oder Sternstunden bedient. Sie meinen Entscheidungen, Taten oder Ereignisse, die schicksalhaft die Zukunft beeinflussen oder historische Wegmarken darstellen. Die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft, die in diesem Jahr vor 90 Jahren ihren institutionalisierten Anfang nahmen, sind ein Meilenstein deutscher Geschichte, alles andere aber als eine Sternstunde.

Gleich das erste Quartal des Jahres 1933 hatte es in sich. Innerhalb von nur drei Monaten wurde Schlag auf Schlag die erst 14 Jahre junge parlamentarische Demokratie in Deutschland zu Grabe getragen und Deutschland Stück für Stück in seine bislang dunkelste Geschichte geführt, gipfelnd mit dem Zweiten Weltkrieg in einem Weltenbrand und gesäumt von mehr als sechs Millionen ermordeten Menschen.

Auf einen dieser denkwürdigen Tage fiel die 38. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt. Und so war es nicht verwunderlich, dass sich der Landtag mit den Ereignissen von vor 90 Jahren auseinandersetzte und an die Geschehnisse erinnerte, als am 23. März 1933 der Reichstag mit einer Zweidrittelmehrheit dem sogenannten "Ermächtigungsgesetz" zustimmte, das die parlamentarische Demokratie faktisch und praktisch abschaffte und der nationalsozialistischen Diktatur Tür und Tor öffnete.

An die Ereignisse zu erinnern, die Personen zu benennen, die Widerstand leisteten, wohl wissend, was dies für ihr persönliches Leben und das ihrer Familien und politischen Anhänger bedeutete, sich mit der Rolle der eigenen Partei auseinanderzusetzen und heute noch zu mahnen, achtsam und wachsam zu sein und zu bleiben, den demokratischen Parlamentarismus auch nach mehr als 70 Jahren im Westen und 30 Jahre im Osten nicht als selbstverständlich zu erachten und jeden Tag aufs Neue dafür einzutreten, versteht sich angesichts eines solchen Tages. Es ging hoch her im Hohen Haus, soviel sei schon einmal vorweggenommen. Weitere Informationen zum Thema finden sich im vorliegenden Heft, das darüber hinaus vielfältige andere Themen aufbereitet hat, u.a. die Verabschiedung des Landeshaushalts 2023.

In eigener Sache sei noch darauf hingewiesen, dass die Landtagsverwaltung ab September wieder ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Politik anbietet. Kennen Sie jemanden, der oder die interessiert und auf der Suche ist, sagen Sie es gern weiter.

Thre EwischenRuf-Redaktion



# Haushalt 2023 in Kraft getreten

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat den Haushalt für das bereits laufende Haushaltsjahr 2023 verabschiedet. Rund 13,8 Milliarden Euro – erneut eine Rekordsumme – werden auf die unterschiedlichen Ressorts verteilt. Neue Schulden werden nicht aufgenommen.

ach monatelangen Beratungen und Diskussionen hat der Landtag am Mittwoch, 22. März 2023, den Landeshaushalt für das laufende Jahr 2023 beschlossen. 13,8 Milliarden Euro sind als Einnahmen und Ausgaben geplant. Neue Schulden müssen nicht aufgenommen werden, weil das Land mit mehr Steuereinnahmen rechnet als gedacht. Wichtige Projekte, auf die sich die Regierungskoalition aus CDU, SPD und FDP in den Haushaltsberatungen einigen konnte, sind beispielsweise höhere Gehälter für Grundschullehrer/ innen, die Mitfinanzierung der Ausbildungsvergütung von Pflegehelfer/innen sowie des 49-Euro-Tickets. Außerdem soll die Investitionspauschale für Städte und Gemeinden um 50 Millionen Euro erhöht werden, zur Verbesserung der Kreisstraßen sind weitere 30 Millionen Euro geplant. Im Zuge des neuen Landeshaushalts sollen zudem andere gesetzliche Regelungen angepasst werden (zum Beispiel beim Finanzausgleichsgesetz). Hierfür wurde das Haushaltsbegleitgesetz 2023 eingebracht, das ebenfalls verabschiedet wurde.

Knapp ein Drittel der Haushaltsmittel gingen an die Kommunen: rund 4,1 Milliarden Euro, sagte Finanzminister Michael Richter (CDU). Diese sollen für die Sicherung der Daseinsvorsorge eingesetzt werden. Besonders gefordert seien die Kommunen derzeit durch Unterbringung von Geflüchteten. Der Finanzminister wies darauf hin, dass 750 Millionen Euro des Haushaltsüberschusses aus dem Jahr 2022 in die Schuldentilgung gesteckt würden, 350 Millionen Euro in Rücklagen. Dennoch forderte er "mehr Realitätssinn

und Augenmaß bei den Haushaltsanmeldungen". Denn die Belastungen der Zinsausgaben seien nach wie vor hoch, im Jahr 2023 werden 353,6 Millionen Euro zu zahlen sein. 4,2 Milliarden Euro müssten für Personalkosten aufgewendet werden. Der Aufgabenbestand und die Wahrnehmung der Aufgaben seien kritisch zu hinterfragen, denn die hohen Kosten würden den Konsolidierungsdruck auf den Sachhaushalt verschieben. "Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt", sagte Finanzminister Richter. Die Haushaltsanmeldungen für das Jahr 2024 seien bereits angekurbelt worden. Ziel der Landesregierung ist, das Haushaltsgesetz 2024 Anfang September vorzulegen und noch in diesem Jahr zu verabschieden.

"Die Landesregierung ist nicht in der Lage, eine seriöse Haushaltspolitik zu betreiben", legte sich Dr. Jan Moldenhauer (AfD) fest. Das Land werde von den "Altparteien" an die Wand gefahren, freilich auch in der Asylpolitik, für die über 100 Millionen Euro bereitgestellt werden sollen. Mit der Migrations- und Flüchtlingspolitik des Landes werde lediglich die "Integrationsindustrie" unterstützt, die AfD lehnt Maßnahmen für die Unterstützung multikultureller Vielfalt ab. Auch die Energie- und Klimapolitik der Landesregierung sei eine Katastrophe. Die "linksideologische Energiewende" sei ein "Triumph der Planwirtschaft", der zu einer Explosion der Energiekosten führe. In ihrem alternativen Haushaltsentwurf streicht die AfD Millionensummen für Asyl und Integration, Corona-Maßnahmen, Genderpolitik, Klima- und Energiewende und Kampf gegen Rechts. Stattdessen setzt sie unter anderem auf die Einleitung einer Abschiebeoffensive, die Rückkehr von deutschen Fachkräften und Zuschüsse für kostenloses Schulessen.

Dr. Andreas Schmidt (SPD) begrüßte die Erhöhung der Gehälter von Grundschullehrkräften und des flexiblen Personalbudgets für unterrichtsunterstützende Maßnahmen. Auch Grundschulen sollen nun Ganztagsschulen werden können. "Wir wollen, dass Sachsen-Anhalt einen großen Schritt vorwärts macht - mit wirtschaftlichem Wachstum in neuen Branchen." Fachkräfte sollen auch im Ausland gesucht werden, durch gute Bildung soll auch die Zahl der inländischen Fachkräfte erhöht werden. Stromexportland sei das Land bereits, Wasserstoffland soll es noch werden. Die SPD-Fraktion habe seinerzeit ein Ergänzungspaket zum Entlastungspaket des Bundes angemahnt, um gut durch die verschiedenen Krisen zu kommen, so Schmidt, dem werde nun im Haushaltsgesetz Rechnung getragen.

Ein guter Haushalt sollte vorsorgen, entlasten, nachhaltig investieren und für soziale Gerechtigkeit sorgen, erklärte Andreas Henke (DIE LINKE). "Ein guter Landeshaushalt ist Ausdruck verlässlicher Politik, die sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientiert und nicht ausschließlich an der Kassenlage." Wenn beispielsweise fast 50 Prozent der Rentner/innen in Sachsen-Anhalt eine Rente unterhalb der Armutsgrenze erhielten, müsse man hier unbedingt nachsteuern, forderte Henke und fordert eine Beteiligung am DDR-Härtefallfonds. Der Linken-Abge-



Der Landtag hat im März-Plenum den Landeshaushalt für das Jahr 2023 in Höhe von 13,8 Milliarden Euro beschlossen.

ordnete kritisierte weiter, jetzt nicht zu investieren, bedeute beispielsweise, die Veränderungen in der neuen digitalen Arbeitswelt 4.0 den nachfolgenden Generationen zu überlassen.

Jörg Bernstein (FDP) erklärte: "Wir stehen für eine solide Haushaltspolitik, die ohne Neuverschuldung auskommt." Bernstein zeigte sich zufrieden, dass unter anderem gelungen sei, weitere Mittel für die Digitalisierung der Hochschulen einzuplanen, die Gehälter für Grundschullehrer/innen zu erhöhen sowie höhere Mittel für die Wiederaufforstung von Wäldern und Bewässerungsprojekte in den Haushalt eingestellt worden seien.

"Das größte Problem der Menschheit, nämlich der Klimawandel, spielt fast keine Rolle im Haushalt", monierte Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN). Es brauche dringend Anpassungsstrategien, städtebauliche Maßnahmen könnten hier mit einfachen Mitteln enorme Fortschritte bringen. Mit mehr als 100 Änderungsanträgen hätte man versucht, den Defiziten des Haushaltsentwurfs entgegenzuwirken, so Lüddemann. Außerdem forderte sie mehr erneuerbare Energien und die Verringerung klimaschädlicher Investitionen, wie beispielsweise den Braunkohleabbau.

Stefan Ruland (CDU) kritisierte, dass die Haushaltsaufstellung in Sachsen-Anhalt durch das Hin und Her auf Bundesebene negativ beeinflusst und deshalb bereits verspätet eingebracht worden sei. Für den Haushalt 2024 wünschte er sich, dass die Haushaltsaufstellung bereits bis zum September stattfinden werde. Trotz aller Schwierigkeiten in den zurückliegenden Wochen sei es ein guter

Haushaltsentwurf. Ruland hob dabei besonders die vielen Maßnahmen im Bildungsbereich hervor und betonte, die CDU stehe für eine generationsgerechte und nachhaltige Finanzpolitik. Die CDU habe den Landeshaushalt mit der eigenen Handschrift versehen. Ein wichtiger Eckpfeiler sei dabei auch die innere Sicherheit (Polizei, Feuerwehr etc.), die nicht verhandelbar wäre. Er zeigte sich überzeugt: "Wir verbinden ökonomische und ökologische Konzepte." Abschließend forderte er für zukünftige Haushaltsentwürfe eine stärkere Schwerpunktsetzung und weniger "Gießkannenprinzip".

Am Ende der mehr als dreistündigen Haushaltsdebatte hat die Mehrheit der Abgeordneten dem Gesetzentwurf der Landesregierung und dem Haushaltsbegleitgesetz zugestimmt.

Stefanie Böhme/Dr. Stefan Müller

# Probleme in der Sozialagentur

In einer von der Fraktion DIE LINKE beantragten Aktuellen Debatte beschäftigte sich der Landtag mit der Arbeitsweise der Sozialagentur. Kritik: Hier lägen über 700 offene Schiedsverfahren im Bereich der Eingliederungshilfe vor.

enschen mit Behinderungen sollten mit dem Bundesteilhabegesetz seit 2020 eigentlich mehr Teilhabemöglichkeiten eingeräumt werden. Bei der Sozialagentur laufe es jedoch "katastrophal", kritisierte Nicole Anger (DIE LINKE) und sagte weiter: "Die Menschen mit Behinderung werden abgehängt, Teilhabe ist in diesem Land nur heiße Luft." So würde beispielsweise einfach weniger Unterstützung gewährt, ohne die Antragstellenden gesehen zu haben. Die Sozialagentur würde vornehmlich auf die Kosten achten und versuchen, diese so gering wie möglich zu halten.

Wissenschaftsminister Prof. Dr. Armin Willingmann (SPD) erklärte in Vertretung von Sozialministerin Petra Grimm-Benne, die Sozialagentur versuche auf hohem Niveau, den Bedürfnissen der Antragstellenden gerecht zu werden, auch wenn dies mit dem Antrag in Frage gestellt werde. Die hohe Zahl an Schiedsverfahren begründete er unter anderem mit verzögerten Regelungen der Bundesregierung.

In unserem Bundesland lebten etwa 27 000 Menschen mit einer Behinderung und selbstverständlich gebe es die Verpflichtung des Landes, hier zu unterstützen und zu zahlen, betonte Xenia Sabrina Schüßler (CDU). Die Verhandlungen zwischen den Einrichtungen und der Sozialagentur würden sich jedoch schwierig gestalten. Es sei die Rede von "Missbrauch" und "Allmachtgebärden". Es sei schon eigenartig, dass angeblich ein Großteil der mehr als 1 000 Einrichtungen nicht in der Lage sein sollen, die Anträge richtig auszufüllen.



Eine Aufgabe der Sozialagentur ist die Eingliederungshilfe für Menschen mit einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.

Christian Hecht (AfD) betonte, dass die Schiedsverfahren mit einem wohlwollenden Blick auf jeden Einzelfall schnellstmöglich beendet werden müssten. Sollte es lediglich am Personalmangel liegen, müsste das Personal aufgestockt werden. Die AfD-Fraktion werde "parteiübergreifend alle Initiativen unterstützen, die helfen, das Problem zu beheben".

Nach Ansicht von Konstantin Pott (FDP) müssten die Prozesse in der Sozialagentur angepasst und die Abläufe insgesamt verbessert werden, einzig mehr Geld sei keine nachhaltige Lösung. Seitens der Sozialagentur seien die Probleme zwar existent, aber nicht so gravierend wie medial dargestellt, dies müsse nochmal hinterfragt werden. "Im Mittelpunkt der Debatte sollten dabei die Betroffenen stehen und nicht die Träger oder die Sozialagentur", unterstrich der FDP-Abgeordnete.

Susan Sziborra-Seidlitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) meinte, es wäre hilfreich, wenn

die Sozialagentur mit einer anderen Einstellung und einem Vertrauensvorschuss den Antragstellenden gegenüber in die Verhandlungen ginge. Es ginge schließlich um Menschen, die mit Blick auf das Bundesteilhabegesetz im Mittelpunkt stehen sollten mit dem Ziel individueller und wohnortnaher Hilfen für jeden Einzelnen.

Die Eingliederungshilfe treffe Menschen mit sehr unterschiedlichen Beeinträchtigungen, erinnerte Katrin Gensecke (SPD). Aufgrund des großen Portfolios erfolge die Bearbeitung der Anträge nicht nur in der Sozialagentur, sondern in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen. Außerdem verwies sie darauf, dass die Schiedsstellen unabhängig arbeiteten und nicht weisungsgebunden seien. Ziel müsse es sein, dass Menschen mit Behinderung anerkannt und nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt würden. Am Ende der Aktuellen Debatte wurden naturgemäß keine Beschlüsse zu Sache gefasst.

Stefanie Böhme

# Das Deutschlandticket kommt

Ab 1. Mai können Sie monatlich für 49 Euro deutschlandweit alle Busse und Bahnen im ÖPNV nutzen. Sachsen-Anhalt wird das Ticket mitfinanzieren. Noch sind aber nicht alle zufrieden, wie Anträge der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE beweisen.

as Deutschlandticket stelle insbesondere für Pendler/innen und regelmäßige Bus- und Bahnnutzende ein überaus attraktives Angebot dar und vereinfache die Nutzung des ÖPNV deutlich, zeigte sich Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) überzeugt. Per Antrag sprach sich ihre Fraktion dafür aus, den Erwerb des Tickets für ökonomisch marginalisierte Gruppen sowie für junge Menschen durch eine landesseitig finanzierte Rabattierung zu unterstützen.

Die Einführung des Deutschlandtickets zum vorläufigen Preis von 49 Euro sei "sozial ungerecht", kritisierte Kerstin Eisenreich (DIE LINKE). Es sei inakzeptabel, dass das Land trotz eines klaren Beschlusses des Landtags, die modellhafte Einführung eines 365-Tage-Tickets einfach wieder verworfen habe. Zudem solle die Landesregierung landesweit ein 9-Euro-Ticket für Schüler/innen nach dem Magdeburger Vorbild einführen, um

Haushalte mit Kindern finanziell zu entlasten, so die Forderung im Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Wissenschaftsminister Prof. Dr. Armin Willingmann (SPD) erteilte, in Vertretung für Verkehrsministerin Dr. Lydia Hüskens, weiteren Änderungen eine Absage. Bereits der Ausgangspreis sei hoch subventioniert, so der Minister. Außerdem beteilige sich das Land im Rahmen des Schülertickets bereits mit 30 Millionen an der Finanzierung des Deutschlandtickets.

Zunächst müsste der ÖPNV in einem Flächenland wie Sachsen-Anhalt ausgebaut werden, erst danach hätte man über eine Rabattierung nachdenken sollen, betonte Elke Simon-Kuch (CDU). Nun sei es trotz der Warnung ihrer Fraktion zur Einführung des Tickets gekommen und man müsse abwarten, wie es angenommen würde. Sie kritisierte weiter, dass das Ticket ausschließlich digital zu erwerben sein soll. Ein Nebeneinander

mehrerer Ticketsysteme würde keinen Sinn machen.

Die Einführung des Deutschlandtickets sei ein großer Fortschritt, meinte Daniel Rausch (AfD). Er könne nicht verstehen, dass Grüne und Linke dieses Ticket als "sozial ungerecht" bezeichnen würden. Rausch fragte sich, wer ein noch günstigeres Ticket finanzieren soll. Außerdem fragte er, was mit den Pendlern sein würde, die im ländlichen Raum das Ticket nicht nutzen könnten, es aber mitfinanzieren müssten.

Dr. Falko Grube (SPD) zeigte sich überzeugt, das Deutschlandticket werde ein genauso großer Erfolg wie das 9-Euro-Ticket werden. "Das Ticket ist nicht unsozial, sondern sozial!" Unklar sei allerdings noch, wie sich das neue Ticket zum Semesterticket verhalte. Zudem sollte eine mögliche negative Schufa-Auskunft keine Hürde darstellen, um das Ticket kaufen zu können.

"Das Deutschlandticket ist eine Flatrate auf das gesamte ÖPNV-Gebiet im Bundesgebiet, allein dies kommt einer Revolution gleich", schwärmte Kathrin Tarricone (FDP). Den größten finanziellen Vorteil würden die Menschen haben, die bis jetzt immer mit dem Auto führen und es zukünftig ab und zu stehen ließen. Unstrittig sei natürlich, dass dort, wo es keinen ÖPNV gebe, auch das günstigste Ticket nicht weiterhelfe.

Am Ende der Debatte wurde der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Infrastruktur und Digitales überwiesen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde abgelehnt.



Alles Einsteigen! Ab 1. Mai geht das "Deutschlandticket" bundesweit an den Start.

# Sanierungen stehen an

Das EU-Parlament stimmte kürzlich einer Änderung der EU-Gebäuderichtlinie zu, durch die Wohngebäude bis 2030 mindestens die Energieeffizienzklasse "E" und bis 2033 die Klasse "D" erreichen müssen. Die AfD beantragte zum Thema eine Aktuelle Debatte.

er von der EU geplante Sanierungszwang bedeute für viele Hausbesitzer eine existenzbedrohende Kostenfalle und gefährde die Bezahlbarkeit des Wohnens, meint die AfD-Fraktion. Dem schwerwiegenden Eingriff in das Eigentumsrecht müsse unverzüglich eine politische Absage erteilt werden. Die Aktuelle Debatte trug dann auch den Titel "Kosten-Hammer für Hausbesitzer: Sanierungszwang durch neue EU-Gebäuderichtlinie". In Folge der EU-Gebäuderichtlinie müsste in Sachsen-Anhalt wohl jedes zweite Haus grundlegend saniert werden, damit es die nötige Effizienzklasse erreichen würde, erklärte Tobias Rausch (AfD). Die Finanzierungskosten für die Sanierung von Kellern, Dächern, Fassaden und Fenstern würden viele Eigenheimbesitzer überfordern, sagte Rausch, die Enteignung drohe.

"Dass wir mehr Klimaschutzmaßnahmen brauchen, sei Konsens, wir streiten allerdings über Zeit und Rahmen von deren Umsetzung", sagte Klimaschutzminister Prof. Dr. Armin Willingmann (SPD). Die erheblichen Investitionen seien eine Herausforderung, dafür brauche es eine vernünftige Lastenverteilung. Das Eigentumsrecht beispielsweise dürfe dabei nicht angetastet werden.

Die Gebäuderichtlinie müsse im Kontext des Klimaschutzes betrachtet werden, Europa sei immerhin der drittgrößte Emittent von Schadstoffen, sagte Detlef Gürth (CDU). Die Ziele seien zwar löblich, allein die Umsetzung gehe aber mitunter völlig an der Realität vorbei. Nach der Lektüre der Richtlinie sei klar, dass die Brüsseler Überlegungen wohl zu Mietpreisexplosion, Zwangsumzügen und sozialer Härte führen würden, was nicht zu vertreten wäre.

Man solle darauf verzichten, mit Panikmache politische Aufmerksamkeit gewinnen zu wollen, forderte Kerstin Eisenreich (DIE LINKE). In einem Großteil der kommunalen Gebäude werde bereits die Effizienzstufe C erreicht, übertreffe also schon die Ziele der Gebäuderichtlinie. Das mache es leichter, den Bedarf einzugrenzen. Es gehe also vor allem um den sehr alten und unsanierten Bestand. Die Sanierungen könnten folglich zielgenauer und sozialer umgesetzt werden.

Das, was in der Gebäuderichtlinie stehe, sei derzeit so nicht umsetzbar, das werde die FDP nicht unterstützen, erklärte Andreas Silbersack (FDP). Das Machbare und Mögliche für die Menschen vor Ort müsse getan werden – beim Thema Förderung werde maßgeblich sein, was man den Menschen zumuten könne. Man dürfe vor lauter Green-Deal-Zielen den Weg dorthin nicht aus den Augen verlieren.

Es sind große Herausforderungen, vor denen wir stehen, räumte Wolfgang Aldag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ein. Über das Ziel sei man sich, so scheine es, relativ einig, nur über den Weg dorthin müsse in den entsprechenden Gremien beraten werden. "Wir dürfen nicht vergessen, die Menschen mitzunehmen, aber wir dürfen auch nicht zu zaghaft sein, um die gesteckten Klimaziele gemeinsam zu erreichen."

Die EU-Gebäuderichtlinie eigne sich nicht zur Skandalisierung, konstatierte Dr. Falko Grube (SPD). Freilich müssten die EU-Ziele "machbar sein", dafür bedürfe es Zeitschienen. Es sei schon sinnvoll seitens der EU, mit der Richtlinie die Gebäude mit den geringen Energieeffizienzklassen in den Blick zu nehmen, weil deren Sanierung einen größeren Wirkungsgrad für den Klimaschutz erziele.

Am Ende der Aktuellen Debatte wurden naturgemäß keine Beschlüsse zur Sache gefasst.

Dr. Stefan Müller



Das EU-Parlament stimmte im März 2023 einer Änderung der EU-Gebäuderichtlinie zu, durch die höhere Energieeffizienzklassen für Häuser erreicht werden müssen.

# Öl- und Gasheizungen adieu?

Wie lange sollten und können wir noch mit Öl und Gas heizen? Mit dieser Frage beschäftigte sich jüngst ein Referentenentwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Dieser sorgte für Aufregung, nicht nur bei der FDP-Fraktion, die eine Aktuelle Debatte beantragte.



Für einen klimaneutralen Gebäudebestand in Deutschland bis spätestens 2045 müssten in den nächsten 20 Jahren Heizungen schrittweise umgestellt werden.

urz zusammengefasst sieht der angeblich ungewollt an die Öffentlichkeit gelangte Entwurf vor, dass ab 2024 jede neu eingebaute Heizung zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden soll. Schon vorhandene Öl- und Gasheizungen dürften insgesamt nur noch 30 Jahre laufen. Dies würde Sachsen-Anhalt besonders stark treffen, weil die meisten Heizungen aus den 1990er Jahren stammen, meint die FDP-Fraktion. Andreas Silbersack (FDP) kritisierte, so, wie das Gesetz jetzt auf Bundesebene auf den Weg gebracht worden sei, funktioniere es nicht. Es sei wichtig, bei der Energiewende ein Tempo hinzubekommen, das die Menschen mitnehme. Man müsse die Realitäten anerkennen, die Menschen seien weidwund und dürften nicht weiter belastet werden. Energieminister Prof. Dr. Armin Willingmann (SPD), sagte, zwar handle es sich noch nicht um ein endgültiges Papier, die dort skizzierte Stichtagsregelung und

das Gesamtkonstrukt hätten mit der Realität jedoch wenig zu tun. "Klar ist, Klimaschutz geht nur mit den Menschen und nicht gegen sie!"

Lothar Waehler (AfD), selbst Heizungsbauer, äußerte deutliches Unverständnis, warum man sich sowohl im Privaten als auch in der Wirtschaft gänzlich auf Strom als Energieträger fokussieren wolle. Flüssiggas und Wärmepumpen seien jedenfalls nicht der Weisheit letzter Schluss, so der AfD-Abgeordnete. Mit dem Kohleausstieg hätten die Menschen in Sachsen-Anhalt schon genug zu tun, da brauche es nicht auch noch eine "Zeitenwende im Heizungskeller".

Die Grünen würden mit diesem Vorschlag quasi eine "politisch-ideologische Haltbarkeitszeit für Heizungen festlegen", monierte Michael Scheffler (CDU). Er mahnte: "Liebe Grüne, kommen Sie zur Vernunft! [...] Die Menschen haben ein Eigenheim, weil sie es sich leisten

wollten, darin wollen sie jetzt gern leben, wie sie es wollen [...] heizen, wenn es kalt ist und nicht, wenn es die Bundesnetzagentur gestattet."

"Die Wärmewende ist richtig und muss kommen", erklärte dagegen Wolfgang Aldag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Denn die Klimakrise schreite schneller voran, als erwartet und die bisherigen Maßnahmen reichten nicht aus, um die Erderwärmung zu stoppen. Jeder Häuslebauer werde die Umgestaltung der Heizungsanlage bewältigen können, da verschiedene Förderungen geplant seien, versicherte Aldag.

Der Referentenentwurf besitze durchaus "Sprengkraft", meinte Dr. Falko Grube (SPD). Allerdings seien weder die Fachkräfte noch die Anlagen da, um ab 1. Januar 2024 so zu verfahren, wie im Gesetzentwurf vorgeschlagen. Grube mutmaßte, dass es selbst der Landtag nicht hinbekommen würde, seine Gasheizung so schnell umzustellen.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE) verwies darauf, dass sich die Klimakrise im Gebäude- und Wohnungssektor besonders bemerkbar mache, gerade bei den Heizungen gebe es hohen Reformbedarf. Zwar sei der Entwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium nicht perfekt, aber die "Empörungsmaschinerie" halte sie für falsch, denn damit würde die notwendige Debatte erstickt. Ihrer Meinung nach seien Maßnahmen zum Klimaschutz zwar teuer, gar kein Klimaschutz wäre aber teurer.

Am Ender der Aktuellen Debatte wurden naturgemäß keine Beschlüsse zur Sache gefasst. Stefanie Böhme





Den Deutschen Preis für Denkmalpflege gab es für die Sanierung des Ritterguts Karow (l.). Die Holländermühle (r.) ist die letzte von einst sieben Windmühlen in Jerichow und heute ein technisches Denkmal.

# Rose von Jericho und "Säulen der Erde" im Jerichower Land

Lediglich gut 7 000 Menschen leben auf den 270 Quadratkilometern der Einheitsgemeinde Stadt Jerichow. Als flächenmäßig eine der größten Gemeinden in Deutschland bietet sie bei ihren Einwohnern nicht nur viel Platz, sondern auch viel Lebenswertes.

ie Rose von Jericho erblüht nicht nur im alten Palästina, sondern es gibt sie auch im Elbe-Havel-Winkel. Dort, bei Jerichow, das keinen Bezug zum biblischen Jericho hat, gründeten Prämonstratenser im 12. Jahrhundert ein Stift. Als eines der wenigen in Deutschland noch vollständig erhaltenen Ensembles aus Kirche, Klausur und Nebengebäuden ist die Klosteranlage Jerichow zwar unbestrittene Hauptattraktion der Einheitsgemeinde Jerichow, doch bietet diese auf ihrem knapp 270 Quadratkilometer großem Terrain für Einwohner wie Besuchende viel mehr, meint Bürgermeisterin Cathleen Lüdicke. Sie ist erst seit Kurzem Chefin im Rathaus, möchte in ihrem neuen Amt ansprechbar für die gut 7 000 Bewohner der zwölf Ortschaften mit insgesamt 33 Ortsteilen sein und sich für deren Anliegen einsetzen.

Obwohl die Einheitsgemeinde Stadt Jerichow in dieser Struktur erst seit 2010 besteht, "sind wir eine alte Gemeinde", meint Cathleen Lüdicke und denkt an den voranschreitenden demografischen Wandel. Darum wolle sie sich auch dafür einsetzen, das Leben in Jerichow und den umliegenden Orten für jedermann, vor allem aber auch für junge Menschen und Familien attraktiv zu machen. So sei die Einheitsgemeinde Trägerin aller acht Kitas und zweier Grundschulen, auch gebe es eine Sekundarschule. Zudem stelle die Stadt Interessierten Bauflächen zur Verfügung und saniere

derzeit selbst ein altes Gebäude, in dem moderne Wohnungen und Praxisräume entstehen.

In der ländlichen Prägung aller zur Einheitsgemeinde gehörenden Orte mit Namen von A wie Annenhof bis Z wie Zabakuck sieht die Rathauschefin auch einen Standortvorteil. Die reizvolle Landschaft im Elbe-Havel-Winkel – unberührte Natur, ausgedehnte Wälder, das Naturschutzgebiet an der Elbe mit seinen Auen und Wiesen, viele Gewässer und auch viel Kultur, Historie und die dörflichen Traditionen – biete Ruhe und Entspannung, was von Ansiedlungswilligen wie von Touristen geschätzt wird. Vielfältig sei auch das Vereinsleben, in fast jeder Ortschaft bieten Dorfge-

meinschaftshäuser und Sportstätten zahlreiche Möglichkeiten der Freizeitgestaltung.

So ist Deutschlands "lebenswertestes Dorf" ein Ortsteil von Jerichow. Motiviert durch ihren Verschönerungsverein hatten sich die Bewohner des kleinen Klietznick zunächst am Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden – unser Dorf hat Zukunft" beteiligt und auf Landes- wie Bundesebene Gold bzw. Silber gewonnen. 1998 kam der in Luxemburg verliehene "Europäische Dorferneuerungspreis" hinzu und 2004 errang das 150-Seelen-Dorf dann sogar im weltweiten Wettbewerb um die lebenswerteste Gemeinde die Bronzemedaille, erinnert sich Ortsbürgermeister Andreas Dertz. Immerhin hatte sich der kleine Ort unter 500 Bewerbern durchgesetzt, war als einer von 45 in die engere Auswahl gekommen und hat Vertreter aus aller Welt dann bei der Award-Verleihung im kanadischen Niagara mit seinem Dorferneuerungskonzept überzeugt. "Auch wenn das nun schon beinahe 20 Jahre her ist, ist uns die Auszeichnung Verpflichtung, das einmal Geschaffene zu erhalten", sagt Dertz und meint zum Beispiel den Weinberg, der vom Verein terrassenförmig aufgerebt und mit einem 50 Meter hohen hölzernen Aussichtsturm gekrönt wurde.

Von oben hat man einen fantastischen Blick sowohl auf die Auenlandschaft der Elbe als auch auf ein ausgedehntes Waldgebiet. Erfrischung auf einer Wanderung oder Radtour in dieser Gegend bietet die Milchtankstelle am Ortsrand von Klietznick, in der man rund um die Uhr frische und unbehandelte Milch selbst zapfen oder andere regionale Produkte direkt vom Bauernhof erwerben kann. Und der "Bauernmarkt zur Rosenblüte" zieht jedes Jahr am dritten Sonntag im Juni zahlreiche Besucher nach Klietznick, wo man mit einem speziellen Volksfest jahrelang auch des versunkenen Heydebleck gedachte. Das kleine Dorf lag einst unmittelbar an der Elbe und wurde oft von Hochwassern heimgesucht. Die wenigen Bewohner gaben darum 1791 ihren Ort auf und siedelten nach Klietznick um. Nur ein Gedenkstein erinnert noch an das einstige Heydebleck.

Auch wenn die Elbe seither ihr Bett verändert hat - von Hochwassern blieb die Region bis in die jüngste Zeit nicht verschont. Die in den Jahren 2002 und 2013 etwa hatten den Elbdeich bei Jerichow stark beansprucht. Derzeit wird auch er saniert. Auf rund einem Kilometer Länge soll dieser Wasserschutzwall um durchschnittlich 70 Zentimeter erhöht und die Deichkrone mit einen drei Meter breiten, befahrbaren sogenannten Verteidigungsweg versehen werden, um dann auch die letzte Schwachstelle des Hochwasserschutzes zwischen Jerichow und Fischbeck zu beseitigen. Im Zuge der Sanierungen wird in Abstimmung mit dem Denkmalschutz auch eine entlang des Elbdeichs verlaufende Mauer des Klosters Jerichow gesichert.

Dieses aus allen Richtungen schon von Weitem sichtbare architektonische Ensemble ist kultureller und damit auch touristischer Hauptanziehungspunkt von Jerichow. Die Klosteranlage wurde im Mittelalter von Prämonstratensern errichtet. Ihrem Probst Isfried, der dort ähnlich wie Tom Builder im Roman "Die Säulen der Erde" am Bau eines Klosters mitwirken wollte, schwebte eine drei-



Bürgermeisterin Cathleen Lüdicke.

schiffige kreuzförmige Basilika in Form des himmlischen Jerusalems vor. Da es in der Gegend aber an Natursteinen mangelte, besannen sich die Ordensbrüder um Isfried auf die aus der Antike bekannte und in Italien perfektionierte Bauweise mit gebrannten Ziegeln. Sie ließen den im Jerichower Land reichlich vorhandenen Lehm zu Backsteinen brennen und daraus eine Kirche errichten. Mit dieser "Romanik in Backstein" prägten sie nachhaltig die spätere Architektur in Mittel- und Nordeuropa. Die "Spuren im Backstein" der Prämonstratenser lassen sich auf dem Klostergelände von Jerichow in einer Dauerausstellung zur Geschichte des Bauwerks und die seiner mittelalterlichen Bewohner erkunden. Eine lebensgroße Skulptur des Heiligen Isfried im Innenhof des Klosters erinnert an den maßgeblichen Architekten des ältesten >>>



Blick über die Elbauen auf Jerichow.

>>> Backsteinbaus Norddeutschlands. Und im Klosterladen gibt es handgeformten Backstein, "Jerichower Klosterklaus" – sowie die Rose von Jericho.

Das von der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt verwaltete Kloster ist zudem einer der Höhepunkte auf der Nordroute der Straße der Romanik, zu der auch die Jerichower Stadtkirche gehört. Zwar steht diese etwas im Schatten des monumentalen Klosters, überzeugt jedoch durch eine klare romanische Gliederung.

Eine weitere zur Einheitsgemeinde gehörende Station auf der Straße der Romanik befindet sich nur wenige Kilometer entfernt von der Ortschaft Jerichow – die Dorfkirche Redekin. Wie andere sakrale Bauten der Region ist auch diese dem Abbild des Klosters Jerichow nachempfunden.



Über Jahrhunderte bildeten Landwirtschaft, Handwerk und Schankgewerbe die Lebensgrundlage der Menschen in und um Jerichow. Unter den 1840 in der Stadt wohnenden 1 500 Einwohnern gab es unter anderem vierzehn Schuhmacher, elf Tischler, siebzehn Zimmerer, sieben Weber und acht Bäcker. Diese waren Hauptabnehmer der sieben Windmühlen, die sich einst in Jerichow drehten. Als einzige erhalten blieb eine Holländermühle auf einem künstlich angelegten Berg in der Nähe des Bahnhofs. Bei der sorgfältigen Restaurierung erhielt sie neue Flügel und ist als technisches Denkmal und Touristenattraktion bis heute funktionstüchtig.

Wer sich von der imposanten Mühle weiter Richtung Stadtheide begibt, entdeckt in einem weitläufigen Park hübsche, zum AWO-Fachkrankenhaus gehörende Bauten. Das Ensemble aus 22 Häusern im Pavillonstil wurde zwischen 1900 und 1930 errichtet. Nach 1990 wurden die Gebäude saniert und modern ausgestattet. Zur über 110-jährigen Tradition des Fachkrankenhauses gehören aber auch dunkle Seiten, als in der NS-Zeit Hunderte Menschen von der damaligen Landesheilanstalt Jerichow aus in NS-Tötungsanstalten geschickt wurden.

Wie in der Ortschaft Jerichow, die einem ganzen Landstrich sowie dem Landkreis den Namen gab, prägen auch in den meisten anderen zur Einheitsgemeinde gehörenden Dörfern sakrale Bauten das Ortsbild. Lediglich in Brettin gebe es keine alte Kirche mehr, nur noch eine Glocke an der Stelle, an dem einst das Gotteshaus stand, berichtet Bürgermeisterin Lüdicke. Und von der Dorfkirche in Zabakuck seien nur noch der Turm und Außenwände des Kirchenschiffs vorhanden, dessen Ruinen eine eindrucksvolle Kulisse für manche Frei-

Das Kloster Jerichow ist Wahrzeichen, architektonischer, kultureller und touristischer Glanzpunkt der Einheitsgemeinde. luft-Events bieten. Allerlei Freizeitspaß unter freiem Himmel bietet in Zabakuck aber vor allem das Touristenzentrum am zehn Hektar großen Baggersee. Und in einer gepflegten Parkanlage, entworfen vom preußischen Landschaftsarchitekten Peter Joseph Lenné, leben im Tierpark des Orts überwiegend einheimische Tiere wie Rotwild, Zwergziegen und Waschbären.

Die Dorfkirche in Kade sei beliebt bei Heiratswilligen, die sogar aus Berlin für ihr Jawort hierher ins Jerichower Land kommen, erzählt Cathleen Lüdicke. Nicht ohne Grund werde dafür die Kirche im kleinen Kade ausgewählt, da diese eine wertvolle Innenausstattung wie den geschnitzten Altaraufsatz aus der Werkstatt von Lucas Cranach d. Ä. besitzt. Und in Kleinwusterwitz ist man stolz darauf, dass das Äußere der dortigen Backsteinkirche auf Karl Friedrich Schinkel zurückgeht. Auch Mangelsdorf wird von seiner Dorfkirche dominiert. Sie wurde um 1200 unter dem Einfluss des Klosters Jerichow erbaut und ist nicht nur das größte, sondern auch das älteste Gebäude im Ort. Das Mauerwerk der romanischen Teile zeigt die perfekte Backsteinbautechnik des Jerichower Vorbilds. Bis in den Beginn des 13. Jahrhunderts zurück reicht auch die Entstehung der Kirche in Klietznick. Das Kirchenschiff stammt aus der Zeit der Romanik, Turm und Altarraum dagegen aus der Früh- bzw. Spätgotik.

Besonders prächtig präsentiert sich die Dorfkirche in Karow, einem Dorf unmittelbar an der Grenze zum Land Brandenburg. Für die Sanierung des im Stil des italienischen Barocks errichteten Bauwerks engagierte sich nicht nur ein Förderverein, sondern auch Privatleute. Während die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland die Wiederherstellung der Barockkirche Karow mit dem "Goldenen Kirchturm" auszeichnete, erhielt das Ehepaar Baumgärtel kürzlich den Deutschen Preis für Denkmalschutz. Damit wurde dessen Einsatz für die Dorfkirche sowie für das Rittergut Ka-



I.o.: Barockkirche in Karow I.u.: 50 Meter hoch ist der Aussichtsturm auf dem Weinberg in Klietznick r.u.: eines der sanierten Gebäude des AWO-Fachkrankenhauses in Jerichow





row gewürdigt. Das dreiflügelige Gutshaus mit kunstvoll gestalteter Fassade erwachte nämlich aus einer Art Dornröschenschlaf, die nach französischem Vorbild geplante historische Parkanlage wurde in ihre ursprüngliche Struktur zurückgeführt. Im Ostflügel des Schlosses erklingt häufig Kinderlachen, da er das Domizil des Dorfkindergartens wurde, der Park ist für jedermann zugänglich und auf dem ehemaligen Rittergut finden auch öffentliche Veranstaltungen statt.

Karow hat neben diesen architektonischen auch landschaftliche Highlights zu bieten. Auf den umgebenen Feldern und Wiesen können Naturliebhaber mit etwas Glück die schwersten flugfähigen Vögel sichten – Großtrappen. Das Fiener Bruch ist eines von nur noch drei Brutgebieten der in Deutschland vom

Aussterben bedrohten Art. Bereits 1979 wurde das Großtrappenschongebiet Karow eingerichtet, in den 1990er Jahren die Niederung als EU-Vogelschutzgebiet Fiener Bruch ausgewiesen und dessen sachsen-anhaltischer Teil 1997 zum Naturschutzgebiet erklärt.

Wer über pure Natur hinaus auch Geselligkeit sucht, wird in der Einheitsgemeinde Stadt Jerichow ebenfalls vielerorts fündig. Zum Beispiel zur Walpurgisnacht – aber nicht im Harz, sondern in Mangelsdorf, wo der dortige Karnevalsverein am 30. April die Hexen tanzen lässt. Am Tag darauf wird nach altem Brauch in Jerichow das Aufstellen des Maibaums gefeiert, am letzten Mai-Wochenende im Kloster ein Fass Pfingst(frei)bier angestochen und am 10. Juni auf dem Roßdorfer Altkanal, einem Seitenarm des Elbe-Havel-Kanals,

der Sieger im Brühtrogpaddeln ermittelt. Ein Brühtrog, das ist eine bei der Hausschlachtung verwendete Holzmolle. Die schwimmt zwar, aber sich darin auf dem Wasser zu halten, ist für die kostümierten Paddler wie die Zuschauenden bei diesem weit über die Region hinaus bekannten Volksfest eine Gaudi. Am dritten Juni-Wochenende erwartet dann Klietznick Besucherinnen und Besucher zum traditionellen "Bauernmarkt zur Rosenblüte", zur Jahresmitte lädt das Kloster zu "Jerichower Sommermusiken" ein und im August 2023 findet inmitten der Kloster-Kulisse ein Jazz-Festival statt. Das Amateurtheater in Redekin bereitet wie jedes Jahr zwei Stücke vor, die auf der Parkbühne des Orts aufgeführt werden, und in Karow laufen bald wieder die Vorbereitungen zum Erntefest im Herbst.

Gudrun Oelze

# Auf direktem Weg in die Diktatur

Im März 1933 wurden in der deutschen Reichshauptstadt Berlin zwei Gesetze verabschiedet, die katastrophale Auswirkungen für das ganze Land, nein, für die ganze Welt bedeuten sollten.

wei Worte: Ermächtigungsgesetz und Gleichschaltungsgesetz - laut ausgesprochen, ist ihr bedrohlicher Charakter geradezu hörbar. Während Ersteres, beschlossen am 23. März 1933 und einen Tag später in Kraft getreten, nichts anderes bedeutete als die faktische Machtlosmachung des als Volksvertretung gewählten Reichstags, brauchte die Reichsregierung für Letzteres nicht mal mehr pro forma die Mehrheit des Parlaments. Mit dem Ermächtigungsgesetz, euphemistisch als "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" betitelt, hatten sich die Nazis (mit Adolf Hitler als Reichskanzler) die uneingeschränkte politische Entscheidungsmacht "übertragen" lassen und konnten fortan (zunächst für vier Jahre) eigenhändig Gesetze verfassen, beschließen und umsetzen.

Die sogenannte doppelte Zweidrittelmehrheit – zwei Drittel der Abgeordneten anwesend, Zustimmung von zwei Dritteln –, die für die Annahme des Gesetzes nötig war, drohte nicht zustande zu kommen. Knapp wurde es bei der Anwesenheit-Mehrheit, da die 81 Abgeordneten der KPD allesamt beBlick auf die Titelseite des Reichsgesetzblatts vom 24. März 1933, das das Ermächtigungsgesetz vom Tag zuvor verkündet.



reits verhaftet waren oder hatten fliehen müssen und nicht mit abstimmen konnten, ebenso 26 der 120 Abgeordneten der SPD. Kurzerhand wurde die Geschäftsordnung geändert und die Mehrheit sicher errungen. Von den 647 Abgeordneten des Reichstags stimmten 444 für das Ermächtigungsgesetz, nur die verbliebenen SPD-Abgeordneten stimmten dagegen.

Die Nazis, die per demokratische Mittel ins Parlament gekommen waren,

nutzten nun ihre Position, um die Demokratie auszuschalten. Die von der Reichsregierung geschaffenen Gesetze mussten nicht einmal mit der Reichsverfassung konform gehen, zudem konnten weder ein Reichstagsausschuss noch der Reichsrat irgendeine Kontrolle ausüben. So war es am Ende nicht einmal mehr möglich, dass Gesetz zu annullieren oder für ungültig erklären zu lassen.

Das Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März bzw. 7. April 1933 erscheint da nur als logische Konsequenz. Nach dem Reichstag wurden nun auch alle Landesparlamente, ja sogar Kreis- und Gemeinderäte gleichgeschaltet. Das bedeutet: Alle Volksvertretungen im Deutschen Reich wurden analog den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März 1933 neu besetzt – starke Stimmenzuwächse für die NSDAP, überhaupt keine Mandate für die KPD.



### **VER|FOLGT - Leben in Wort und Bild**

Unsere wissenschaftliche Dokumentation informiert über Abgeordnete aus der Region des heutigen Sachsen-Anhalt, die Opfer der NS-Diktatur (1933–1945) wurden. Lesen und bestellen via QR-Code:



# Gleichschaltung führt zu Parlamentsauflösungen



Im Merseburger Ständehaus tagte der Provinziallandtag der Provinz Sachsen.

Die früheren Landesregierungen wurden durch
NSDAP-geführte Landesregierungen ersetzt. Diese
wiederum erhielten eigene Ermächtigungsgesetze,
um Gesetze auch gegen die
Landesverfassung erlassen
zu können. Durch das zweite Gleichschaltungsgesetz
wurden Reichsstatthalter
eingeführt. Diese durften die
Landesregierungen ernennen
und entlassen und die Landesparlamente auflösen.

141

Bereits ein Jahr nach dem Machtantritt verabschiedete der unlängst nationalsozialistische Reichstag (alle anderen Parteien waren zwischenzeitlich verboten worden) aber am 30. Januar 1934 das Gesetz über den Neuaufbau des Reichs. Durch dieses wurden die Landesparlamente abgeschafft, aus den Landesverwaltungen wurden Verwaltungsstellen des Reichs. Der Reichsrat wurde Mitte Februar 1934 aufgelöst. Alle Macht über Reich, Land, Kommune und Mensch lag nun bei der NS-Reichsregierung, lag nach Führerprinzip in einer Hand. Dr. Stefan Müller

Im März-Plenum des Landtags von Sachsen-Anhalt wurde – auf den Tag genau 90 Jahre nach der Verabschiedung – auf Antrag der SPD-Fraktion eine Aktuelle Debatte zum Thema Ermächtigungsge-

setz durchgeführt. Was die einzelnen Abgeordneten da zu sagen hatten, kann über den QR-Code nachgelesen werden.



Im Freistaat Preußen muss man einen Blick auf seine beiden letzten Landtagswahlen werfen. Im Mai 1928 hatte die SPD noch Zugewinne verzeichnen und die von ihr geführte Landesregierung fortführen können. Sie versuchte energisch, die zunehmende politische Radikalisierung einzugrenzen. Im April 1932 wurde der Preußische Landtag neu gewählt. Zwar wurde die NSDAP stärkste Kraft, konnte jedoch keine Landesregierung bilden. Die bisherige blieb geschäftsführend im Amt. Im Juli jedoch holte Reichspräsident Paul von Hindenburg zum "Preußenschlag" aus und übertrug die Geschäfte des preußischen Ministerpräsidenten auf Reichskanzler Franz von Papen, im Februar 1933 auch den Rest der Regierungsgeschäfte. Am 5. März 1933 wurde auch der Preußische Landtag neu gewählt, die NSDAP erzielte 44,3 Prozent der Stimmen und – durch Aberkennung der KPD-Stimmen die absolute Mehrheit. Infolge der Gleichschaltung der Länder (31. März 1933) wurde Preußen dem Reich unterstellt, Hitler ernannte Hermann Göring zum preußischen Ministerprä-

sidenten. Seine letzte Sitzung erfuhr

der Preußische Landtag am 18. Mai 1933, wo er mit NSDAP-Mehrheit das Ende des demokratischen Systems in Preußen beschloss.

Der Landtag des **Freistaats Anhalt**, der im Behördenhaus Dessau tagte, war bereits seit dessen letzter Landtagswahl im April 1932 nationalsozialistisch geprägt: Die NSDAP war mit 40,7 Prozent stärkste Kraft geworden und bildete mit Koalitionspartnern die erste NS-geführte Landesregierung in Deutschland.

Der im Merseburger Ständehaus tagende Provinziallandtag der Provinz Sachsen kam einmal im Jahr zu seinen Beratungen zusammen. Landeshauptmann (Chef der Landesregierung) war der DDP-Politiker Erhard Hübener, nach dem Zweiten Weltkrieg erster Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt. Zuletzt gewählt wurde der Landtag am 12. März 1933, die NSDAP errang die absolute Mehrheit. Das Parlament trat nach der Wahl jedoch nur noch einmal zusammen, wo die NSDAP eine Saalschlacht mit der SPD provozierte.

# Wie ein Gesetz zum Untergang der Weimarer Republik führte

as im März 1933 unter fragwürdigen Umständen beschlossene "Ermächtigungsgesetz" gilt als die Totenglocke der kurzlebigen ersten deutschen Demokratie. Die vorliegende Untersuchung beschreibt die Vorbedingungen und Hintergründe dieser folgenreichen Entscheidung und beleuchtet die handelnden Akteure und ihre grundlegenden Motive und Handlungszwänge. Eindrucksvoll beschreibt der Autor die bedrohliche Atmosphäre auf den Straßen und im Parlament – gleichzeitig wirft Austermann einen kritischen Blick auf die Verfassungslage und die wesentlichen Inhalte des Gesetzes und stellt die Verfassungswidrigkeit des Ermächtigungsgesetzes fest. Abschließend analysiert der Autor die Folgerungen für das Grundgesetz als Ausfluss einer "wehrhaften Demokratie" und erinnert nachdrücklich daran, dass keine Demokratie – ungeachtet aller verfassungsmäßigen Vorkehrungen – unverletzlich sein kann. Sie kann vielmehr nur dann bestehen, wenn die demokratischen Kräfte sich gemeinsam allen totalitären und populistischen Bestrebungen widersetzen.



Philipp Austermann: Ein Tag im März: Das Ermächtigungsgesetz und der Untergang der Weimarer Republik. Freiburg im Breisgau: Herder, 2023.



# Ein furchtloser Kämpfer gegen die Weimarer Justiz

pätestens seit der Serie "Babylon Berlin" ist Hans Litten (1903-1938) über die Grenzen Deutschlands hinaus als politischer Anwalt bekannt, der sich kompromisslos und mutig für seine Mandanten einsetzte. Er verteidigte in zahlreichen Prozessen straffällige Jugendliche, trat als Nebenkläger für die von faschistischen Rollkommandos attackierten Kommunisten auf und legte sich mit der rechtslastigen Justiz der Weimarer Republik an. In einem spektakulären Prozess im Jahr 1931 stellte er Adolf Hitler als Zeugen für die Gewalt von SA und NSDAP zur Rede. Spätestens dieser Prozess brachte ihm die Todfeindschaft der Naziführer ein. Dass Hitler diesen Rechtsanwalt nicht vergessen würde, war zu befürchten. Noch in der Nacht nach dem Reichstagsbrand wurde Hans Litten verhaftet und ins Militärgefängnis Spandau gebracht. Nach vielen Jahren der Erniedrigung und Folter, in denen er sich nicht brechen ließ, nahm er sich 1938 im Konzentrationslager Dachau das Leben. Den Autoren und Autorinnen ist eine lesenswerte Biographie einer beeindruckenden historischen Person gelungen. Das Buch spart dabei nicht mit unangenehmen Wahrheiten über eine Justiz, die in weiten Teilen auf dem rechten Auge erblindet war. Beate Grau

Knut Bergebauer, Sabine Fröhlich, Stefanie Schüler-Springorum: Hans Litten – Anwalt gegen Hitler: eine Biographie. Göttingen: Wallstein, 2022.

### **DIE LANDTAGSBIBLIOTHEK**

... ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek, die auch für Bürgerinnen und Bürger nutzbar ist. Die Sammelschwerpunkte umfassen die Bereiche Recht, Politik, Parlamentarismus, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Neben dem umfangreichen Literatur- und Zeitschriftenbestand stehen komfortable Arbeitsmöglichkeiten im Lesesaal zur Verfügung.

Öffnungszeiten (nicht an Feiertagen) Mo.–Do., 8–16.30 Uhr, Fr. 8–15 Uhr Kontakt

Telefon: 0391 560-1135

E-Mail: bibliothek@lt.sachsen-anhalt.de

# Autor Wildt betrachtet die deutsche Geschichte mal "von unten"

er Autor Michael Wildt ist Professor für Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität Berlin und einer der besten Kenner der Geschichte des Nationalsozialismus. In seinem Buch "Zerborstene Zeit" betrachtet er die Zeit zwischen 1918 und 1945 "von unten". Ihm geht es dabei um die Frage, wie sich im Laufe der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts individuelle und kollektive Erfahrungen verändert haben. Dabei interessieren ihn vor allem die Wahrnehmungen, Gefühle und Handlungen der Zeitzeugen und ihr Empfinden epochaler Umbrüche. Mithilfe von Tagebüchern und Selbstzeugnissen versucht er, eine deutsche Geschichte zu schreiben, die weniger auf Vollständigkeit als auf Risse, Brüche und Verwerfungen in der Geschichte des 20. Jahrhunderts zielt. Durch seinen Versuch, die deutsche Geschichte von der Peripherie und von den Rändern aus zu betrachten sowie von unten und von außen zu beschreiben, gelingen ihm immer wieder erstaunliche Zugriffe auf vermeintlich historisch Bekanntes. Das Buch ist in zwölf Kapitel gegliedert und lädt die Lesenden zu einer interessanten historischen Reise ein, auf der man weder belehrt noch durch Faktenwissen erdrückt wird. Beate Grau





# Str. is of the strength of the

# Magdeburg 1933 – Schicksalsjahr einer "roten" Stadt

nde der 1920er Jahre galt Magdeburg weithin als "rote Stadt im roten Land."

Dahinter stand die dominierende Rolle der SPD, insbesondere auf dem Gebiet der Kommunalpolitik. Die vorliegende, auf einer Dissertation des Autors beruhende Studie, betrachtet das spezifische Umfeld und die Besonderheiten der nationalsozialistischen Machtübernahme in dieser mitteldeutschen Großstadt. Der besondere Wert der Untersuchung liegt in der detaillierten Betrachtung der verschiedenen sozialen Milieus und ihrer jeweiligen soziokulturellen Ausrichtung, die einerseits den Widerstand gegen die NS-Bewegung stärkten, in anderen Fällen die Angleichung und Ausschaltung jedoch ungemein erleichterten. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Frühgeschichte der nationalsozialistischen Bewegung in der mitteldeutschen Metropole.

Michael Rahmfeld

Maik Hattenhorst: Magdeburg 1933. Eine rote Stadt wird braun. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag, Magdeburger Schriften Band 3, 2010.

Der Autor im Interview:



# **Architektur trifft Landtag**

Der Ausschuss für Infrastruktur und Digitales hat sich im Rahmen eines Fachgesprächs mit den Themen Architektur und Baukultur beschäftigt. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Architekturpreisträgern des Landes Sachsen-Anhalt 2022.



Der Publikumspreis 2022 ging an die Mensa des Ökumenischen Domgymnasiums Magdeburg und Architekt Ralf Niebergall.

elbstverständlich hätten auch Politiker/innen einen Sinn für Architektur und Kultur, sagte Dr. Falko Grube, der Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Digitales, zu Beginn des Fachgesprächs mit einem Augenzwinkern. Dem schloss sich Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger an, der als ehemaliger Kulturstaatssekretär bekanntermaßen ein Herz für Kunst und Kultur hat. Daher ließ er es sich nicht nehmen, die Preisträger im Landtag zu begrüßen. Denkmalschutz und Klimaschutz gingen selbstverständlich Hand in Hand. Schellenberger betonte, dass

sich Sachsen-Anhalt überhaupt nicht verstecken müsse: "Wir sind ein echtes Kulturland, insbesondere im Bereich Baukultur." Die Architekten hätten Großartiges geleistet und es verdient, mit dieser Veranstaltung im Plenarsaal gewürdigt zu werden.

Von den 52 Bewerbungen zum Architekturpreis des Landes Sachsen-Anhalt 2022 waren mehr als die Hälfte der Einreichungen Um- oder Erweiterungsbauten beziehungsweise Sanierungen, resümierte Petra Heise, Geschäftsführerin der Architektenkammer Sachsen-Anhalt. Somit spiegele sich in unserem

Bundesland hervorragend, was bundesweit als Zukunftsziel gesetzt worden sei – Baukultur und Nachhaltigkeit zeigen sich vor allem auch im sorgsamen Umgang mit dem Bestand.

Preisträger 2022 ist die Mensa Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle (Saale). In hervorragender Weise sei mit deren Erweiterung, Sanierung und Neugestaltung "eine Atmosphäre im Spannungsfeld von Alt und Neu entstanden", würdigte die neunköpfige Jury. Claudia Capeller, freie Architektin und Gewinnerin des Architekturpreises, erklärte während des Fachgesprächs:



Architektin Claudia Capeller hat für den Umbau der Mensa an der Burg Giebichenstein den Architekturpreis des Landes 2022 gewonnen.





v. l. n. r.: Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger begrüßte die Architektinnen und Architekten zu Beginn des Fachgesprächs im Landtag von Sachsen-Anhalt. Der Ausschuss für Infrastruktur und Digitales hatte die Architekturpreisträger 2022 zu einem Fachgespräch in den Plenarsaal des Landtags eingeladen.

"Die Mensa ist ein gutes Beispiel dafür, wie man heute mit Denkmalbestand umgehen kann." Das Projekt sei eine große und spannende Herausforderung gewesen, so Capeller. "Mir ist

Auch Landtag schon mal Preisträger

Der Architekturpreis des Landes Sachsen-Anhalt wird seit 1995 im Dreijahrestakt vergeben, 2022 bereits zum zehnten Mal. Ausgelobt wird er vom Ministerium für Infrastruktur und Digitales und der Architektenkammer Sachsen-Anhalt. Schirmherrin 2022 war Dr. Lydia Hüskens, Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt. Insgesamt standen 16 000 Euro Preisgeld zur Verfügung. Auch die Umbauten des Plenarsaals des Landtags in Magdeburg 1998 wurden seinerzeit mit dem Architekturpreis gewürdigt.

sehr wichtig, dass in der Architektur ein Zusammenklang stattfindet und eine integrative, auf den Menschen ausgerichtete Planung erfolgt." Denn heutzutage müsse man als Architektin viele verschiedene Bereiche berücksichtigen: Bauökologie, Energieeffizienz, Wirtschaftlichkeit, Funktionalität und natürlich auch künstlerische Aspekte und Design.

Bevor am Ende eine Jury aus Experten über die endgültigen Preisträger entschied, konnten die Bürger/innen ihren Favoriten ihre Stimme geben. Mehr als 2 700 Architekturbegeisterte nutzten diese Gelegenheit, informierte die Architektenkammer. Besonders beliebt sei die Mensa des Ökumenischen Domgymnasiums Magdeburg und der Biomarkt in Aschersleben gewesen. Der Publikumspreis 2022 ging dann letztlich an die Mensa des Ökumenischen Domgymnasiums Magdeburg. Architekt Ralf Niebergall erinnerte in seiner kurzen Projektpräsentation an die ein oder andere Herausforderung während der Planungs- und Bauphase. Denn der Neubau mitten in der Stadt sollte auf dem begrenzten Grundstück nicht nur die Funktionen eines "Speisesaals" übernehmen, sondern zwingend auch die vorhandenen Fahrradabstellmöglichkeiten erhalten. Am Ende gelang dies mit der Idee, "das Haus aufzuständern, so die Fläche zu erhalten und gleichzeitig eine Überdachung für die Fahrräder zu schaffen".

Im Rahmen des Architekturpreises 2022 wurden noch fünf weitere Auszeichnungen vergeben. Sie gingen an den Kindergarten und die Tagespflege in Hohenberg-Krusemark in der Altmark, die ehemalige Klosterkirche St. Marien im Kunstmuseum Kloster Unser Lieben Frauen in Magdeburg, den Biomarkt Aschersleben, das Quartier Märkerstraße in Halle (Saale) sowie das Goethe-Theater in Bad Lauchstädt. Auch die hierfür zuständigen Architekten oder Bauherren hatten im Rahmen des Fachgesprächs die Gelegenheit, ihre Projekte vorzustellen. Stefanie Böhme

# **Aufarbeitung des Unrechts**

Birgit Neumann-Becker, Landesbeauftragte in Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, hat im März 2023, ihren Tätigkeitsbericht 2022/2023 an Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger übergeben.

uf 170 Seiten informiert Birgit Neumann-Becker über die Arbeit ihrer Behörde in den Bereichen Opferberatung, Aufarbeitung und Forschung, Erinnerungsarbeit und Bildung. Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger wies auf die Wichtigkeit der Aufarbeitungsarbeit hin und sagte zu, sich für die weitere Ausgestaltung der Forschung und Entschädigung starkzumachen. Letzteres betreffe zum Beispiel den Härtefallfonds, den das Land per Landtagsbeschluss im Jahr 2022 eingerichtet habe und dessen Höhe von 50 000 Euro eventuell stärker den tatsächlichen Bedürfnissen angepasst werden müsse. Für das vergangene

Jahr seien die Mittel erschöpft, bestätigte dann auch die Landesbeauftragte, dabei habe man noch gar nicht so viele Betroffene und Hilfeberechtigte erreicht.

Durch den Härtefallfonds für Opfer des SED-Unrechts konnte, so Neumann-Becker, in 2022 13 Betroffenen in finanziellen Notlagen konkret geholfen werden. Denn gerade SED-Opfer befänden sich häufig in wirtschaftlich prekärer Lage, weil sie etwa durch die Verfolgung gesundheitlich geschädigt oder traumatisiert wurden oder weil das SED-Regime ihnen den angestrebten Berufsweg versagt habe.

"Die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze hat 2019 neue Rehabilitierungsmöglichkeiten für politisch Verfolgte eröffnet, die für Beratungen zu Rehabilitierungen genutzt wurden", erklärte Neumann-Becker. Die Zahl der persönlichen und telefonischen Beratungen der Landesbeauftragten seien 2022 auf rund 3 100 gestiegen – ein deutlicher Zuwachs im Verhältnis zum Vorjahr, aber noch nicht auf Vor-Corona-Niveau. Die Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden für Betroffene von SED-Unrecht bleibe weiterhin schwierig, befindet die Landesbeauftragte. Sie unterstütze deshalb den Vorschlag der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag zur Einführung einer Vermutungsregelung, die eine erhebliche Erleichterung der Verfahren bedeuten würde.



Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger nahm den Tätigkeitsbericht 2022/2023 der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Birgit Neumann-Becker entgegen.

Darüber hinaus hat die Landesbeauftragte auch 2022 zahlreiche Forschungsprojekte initiiert und gefördert, dazu gehört eine Arbeit zu den medizinischen, sozialen und pädagogischen Bedingungen in den Jugendhäusern Halle und Dessau. Die Kooperation mit Opferverbänden, Initiativen und auf diesem Gebiet tätigen Vereinen gestalte sich auf vielfältige Weise.

Bemerkenswert ist auch die digitale Karte "Orte der Repression in Sachsen-Anhalt von 1945 bis 1990". Hierbei handelt es sich um ein Projekt von Mitarbeitenden im Freiwilligen Sozialen Jahr. Die Karte enthält nun 540 Datensätze und wurde um bereits errichtete Erinnerungsorte ergänzt. Die technische Umsetzung erfolgt weiter zuverlässig in Kooperation mit dem Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt.

"Der Einsatz für die Opfer der SED-Diktatur und die Aufarbeitung ist in die Gegenwart und Zukunft gerichtet", ist Neumann-Beckers Fazit. Auch in Zukunft werde sich die Landesbeauftragte besonders für die Anerkennung und Wertschätzung der Opfer von SED-Unrecht einsetzen. Dabei sei die besondere soziale und gesundheitliche Not der Betroffenen zu berücksichtigen, in die sie unverschuldet als Folge politischen Machtmissbrauchs geraten seien.

Dr. Stefan Müller

# **ETC.** – FACHKRÄFTE FRAGEN, QUEERE JUGENDLICHE ANTWORTEN

26. APRIL BIS 26. MAI 2023



as KgKJH Sachsen-Anhalt e. V. sensibilisiert mit der Ausstellung für queere Themen und die Lebenslagen queerer Jugendlicher. Fragen von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe bildeten die Grundlage, auf der sich neun Jugendliche dazu bereiterklärt haben, einen Einblick in ihr Leben, ihre

Probleme und was sie im Alltag beschäftigt, zu gewähren. Somit werden sie sichtbar und erhalten Raum, als Expert\*innen für die eigene Lebensrealität zu sprechen.

EHRENAMT: UNSERE LEIDENSCHAFT – BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN DER KULTUR SACHSEN-ANHALTS E. V. 26. APRIL BIS 26. MAI 2023

as starke und vielfältige Engagement für unsere Kultur hängt nicht in erster Linie von den Institutionen ab, sondern von den Menschen, die sich



leidenschaftlich dafür engagieren. Sie zu befördern und zu ermutigen sowie um ihre Anerkennung zu werben, gehört zu den Aufgaben der zehn Dachverbände, die in der Landesarbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement gemeinsam aktiv sind und sich im Landtag präsentieren.

## WAS HEISST HIER MINDERHEITEN?

31. MAI BIS 25. JULI 2023



ede der Ausstellungsstationen unterscheidet sich durch ihre einzigartige Gestaltung. An beispielhaften Erzählungen wird Einblick in die spannungsreiche

Beziehungsgeschichte zur Mehrheitsgesellschaft gegeben, die Zwischenmenschliches ebenso berührt wie ein weites staatliches Geschichtsfeld der Minderheitenpolitik. Eigen- und Fremdklischees werden aufgezeigt und spielerisch eingefangen, Perspektivwechsel sollen ermöglicht werden. Ein tragendes erzählerisches wie gestalterisches Element ist die Anderssprachigkeit innerhalb einer Mehrheitsgesellschaft und der damit zusammenhängende Wechsel zwischen verschiedenen Polen.



# 70. JAHRESTAG DES VOLKSAUFSTANDS IN DER DDR

15. JUNI BIS 15. JULI 2023

undesweit wird am 17. Juni mit Gedenkveranstaltungen an den 70. Jahrestag des DDR-Volksaufstands erinnert. Rund 50 000 Menschen demonstrierten 1953 allein in Magdeburg gegen Mangelwirtschaft und den "verschärften Aufbau des Sozialismus". Als konkreter Auslöser gilt unter Historikern gemeinhin der Beschluss des ZK der SED vom Mai 1953, die Arbeitsnormen bei gleichbleibendem Lohn um mindestens 10 Prozent zu erhöhen. Daraufhin folgten in verschiedenen Städten kleinere Streiks, die zunehmend politischen Charakter entwickelten. Anlässlich des 70. Jahrestags des Volksaufstands präsentiert der Landtag ab 15. Juni 2023 eine Ausstellung zum Thema, die von der Landeszentrale für politische Bildung und der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur konzipiert wurde.

Die angegebenen Ausstellungstermine können sich im Einzelfall noch verschieben. Es wird empfohlen, sich über die Internetseite des Landtags aktuell zu informieren.

Sollten Sie Fragen zu einer der Ausstellungen haben oder daran interessiert sein, Ihre eigene Ausstellung im Landtag zu präsentieren, dann steht Ihnen für weitere Auskünfte Matthias Unfried (Tel. 0391 560-1258, E-Mail: matthias.unfried@lt.sachsenanhalt.de) als Ansprechpartner zur Verfügung.

# **Zwischen Ruf**

DAS MAGAZIN DES LANDTAGS VON SACHSEN-ANHALT 01/2023





Landtag von Sachsen-Anhalt

Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst und Protokoll Domplatz 6–9 | 39104 Magdeburg | Telefon: 0391 560-0 | Fax: 0391 560-1123 www.landtag.sachsen-anhalt.de | E-Mail: landtag@lt.sachsen-anhalt.de